

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX

Kapitel 1. Entstehung und Systematik des BGB

§ 1. Historische Grundlagen und Entstehung des BGB	1
I. Die Bedeutung der historischen Grundlagen für die Fortentwicklung des BGB	1
II. Der Kodifikationsstreit und die Privatrechtsentwicklung im 19. Jahrhundert	1
III. Von der lex Miquel-Lasker bis zum BGB	2
IV. Die Materialien zum BGB und seiner Reformen als Auslegungsgrundlage	4
V. Einfluss des Europarechts	5
§ 2. Die Systematik des BGB	6
§ 3. Das Abstraktionsprinzip	8
I. Grundlagen	8
II. Rechtsfolgen	9
III. Zusammenfassung	10

Kapitel 2. Rechtsfähigkeit, Rechtssubjekte und Objekte

§ 4. Grundlagen	11
I. Die Rechtsfähigkeit	11
1. Begriff und historische Entwicklung	11
2. Natürliche Person	11
3. Juristische Person und Personengesellschaft (Gesamthandsgesellschaft)	13
4. Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	15
5. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	15

II. Namensrecht (§ 12).....	16
III. Unternehmer, Verbraucher und Kaufleute	17
1. Abgrenzungsgrundlagen und Rechtsfolgen	17
2. Einordnung von „dual use“-Geschäften	19
IV. Sachen und Tiere	20
1. Bewegliche und unbewegliche Sachen	20
2. Res extra commercium und öffentliche Sachen	21
3. Wesentliche Bestandteile und Zubehör	22
4. Vertretbare und verbrauchbare Sachen	26
5. Tiere	27
6. Früchte und Nutzungen	28
V. Zusammenfassung und Kontrollfragen	30
1. Zusammenfassung	30
2. Kontrollfragen	31
§ 5. Der Verein	32
I. Erlangung der Rechtsfähigkeit	32
II. Der „nicht rechtsfähige“ Verein	32
III. Das Recht des eingetragenen Vereins	34
1. Die Vertretung	34
2. Haftung des Vereins für Organverschulden (§ 31)	35
3. Haftung von Organmitgliedern (insbesondere Vorständen und besonderen Vertretern (§ 31a)	36
4. Haftung von Vereinsmitgliedern	37
5. Die Willensbildung im Verein	38
IV. Vertretung und Haftung beim nicht eingetragenen Verein	40
1. Vertretung durch den Vorstand	40
2. Haftung der Mitglieder	40
V. Zusammenfassung und Kontrollfragen	42
1. Zusammenfassung	42
2. Kontrollfragen	42

Kapitel 3. Die Willenserklärung

§ 6. Der Tatbestand der Willenserklärung	43
I. Die historischen Grundlagen	43
II. Die Begriffe Willenserklärung und Rechtsgeschäft	44
1. Unterschied zwischen Willenserklärung und Rechtsgeschäft ..	44

2.	Willenserklärung mit Realakt als Rechtsgeschäft	44
3.	Eine Willenserklärung als Rechtsgeschäft	44
III.	Die Voraussetzungen der Willenserklärung	45
1.	Unterscheidung zwischen äußerem und innerem Tatbestand..	45
2.	Der innere Tatbestand der Willenserklärung	45
IV.	Abgrenzung zwischen Rechtsbindung und nicht rechtlichen Vereinbarungen (insbesondere Gefälligkeiten)	50
V.	Freibleibende „Angebote“	54
VI.	Angebot mit Selbstbelieferungsvorbehalt	55
VII.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	56
1.	Zusammenfassung	56
2.	Gutachtenaufbau	57
3.	Kontrollfragen	57
§ 7.	Scheingeschäft, geheimer Vorbehalt und Scherzerklärung.	58
I.	Das Scheingeschäft (§ 117)	58
1.	Begriff und Geschichte des Scheingeschäfts	58
2.	Die Anwendung des § 117	58
II.	Der geheime Vorbehalt (Mentalreservation)	60
1.	Tatbestand und Entstehung des § 116 S. 1	60
2.	Der erkannte geheime Vorbehalt (§ 116 S. 2)	61
3.	Die nicht empfangsbedürftige Willenserklärung in Mentalreservation.	62
4.	Mehrere Erklärungsempfänger	63
III.	Die nicht ernst gemeinte Erklärung – Scherzerklärung (§ 118).	64
1.	Begriff und Geschichte der Scherzerklärung	64
2.	Die Anwendung des § 118	64
3.	Das „misslungene“ Scheingeschäft	66
4.	Die „Scherzerklärung“	67
IV.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	68
1.	Zusammenfassung	68
2.	Gutachtenaufbau	69
3.	Kontrollfragen	69
§ 8.	Abgabe und Zugang von Willenserklärungen	69
I.	Die historischen Grundlagen des § 130	69
II.	Verkörperte Erklärungen und abwesender Adressat	70
1.	Abgabe	70

2.	Der Zugang – Grundsätze	72
3.	Einschreiben	74
4.	Zugang im elektronischen Geschäftsverkehr	75
5.	Abgabe und Zugang bei anwesenden Adressaten	76
III.	Abgabe und Zugang mündlicher Erklärungen	78
1.	Vernehmungstheorie – Grundsätze	78
2.	Anderes Sprachverständnis des Empfängers mündlicher Erklärungen	79
IV.	Widerruf der Willenserklärung vor Zugang (§ 130 Abs. 1 S. 2) . . .	80
1.	Allgemeines	80
2.	Frühere Kenntnisnahme des späteren Widerrufs	81
3.	Tatsächliche Kenntnis vor Zugang und Widerruf	81
V.	Zugangsstörungen	82
1.	Unterscheidung zwischen zurechenbarer Zugangsverzögerung und arglistiger Zugangsvereitelung	82
2.	Zurechenbare Zugangsverzögerung	82
3.	Arglistige Zugangsvereitelung	83
4.	Temporäre Abwesenheit des Adressaten	84
5.	Unzureichende Sprachkenntnisse des Empfängers	85
VI.	Empfangsvertreter und Empfangsbote	86
1.	Empfangsvertreter	86
2.	Empfangsbote	87
VII.	Tod oder Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden nach Abgabe der Willenserklärung	89
1.	Regelung des § 130 Abs. 2	89
2.	Annahmefähigkeit eines Angebots nach § 153	90
VIII.	Fehlende Geschäftsfähigkeit oder Tod des Empfängers	90
1.	Fehlende volle Geschäftsfähigkeit des Empfängers	90
2.	Beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers	92
3.	Tod des Adressaten	92
IX.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	93
1.	Zusammenfassung	93
2.	Gutachtenaufbau	93
3.	Kontrollfragen	94
§ 9.	Die Auslegung einer Willenserklärung	95
I.	Die Regelungen der §§ 133, 157	95
1.	Objektiver Empfängerhorizont und Auslegungskriterien	95
2.	Auslegung von Willenserklärungen bei Internetgeschäften	96

3.	Auslegung mündlicher Erklärungen – falsches Sprachverständnis	99
4.	Vermögensschutz als Zweck eines Vertrags.	101
II.	Die „falsa demonstratio“	102
1.	Historische Grundlagen und „Haakjöringsköd“	102
2.	„Falsa demonstratio“ bei einseitig missverstandenen Begriffen und Chiffrierungen	103
3.	Einseitiges Erkennen einer Falschbezeichnung der anderen Partei	105
4.	„Falsa demonstratio“ bei formgebundenen Rechtsgeschäften .	105
III.	Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	108
1.	Zusammenfassung	108
2.	Gutachtenaufbau	108
3.	Kontrollfragen	109

Kapitel 4. Der Vertrag

§ 10.	Vertragsschluss und Dissens	110
I.	Übereinstimmende Willenserklärungen (Konsens)	110
1.	Historische Grundlagen des Vertrags als Konsens.	110
2.	Die allgemeinen Voraussetzungen des Vertrags	110
3.	Essentialia und accidentalia negotii	111
II.	Vertrag und unvollkommene Verbindlichkeit (Naturalobligation)	112
1.	Fehlende Anspruchsbegründung	112
2.	Dogmatische Einordnung der Naturalobligation	112
III.	Annahmefristen und verspätete Annahmeerklärungen	113
1.	Gesetzliche Regelungen	113
2.	Annahmefrist bei Angebot gegenüber einem Anwesenden (§ 147 Abs. 1)	113
3.	Annahmefrist bei Angebot gegenüber einem Abwesenden (§ 147 Abs. 2)	114
4.	Ver späteter Zugang und rechtzeitige Abgabe der Annahmeerklärung (§ 149)	115
IV.	Modifizierende Annahme (§ 150 Abs. 2)	116
1.	Grundlagen	116
2.	Abgrenzung zwischen erweiternder Annahme und Angebot für zweiten Vertrag	116
3.	Unbeachtlichkeit „verheimlichter Abweichungen“ der Annahmeerklärung	117

V. Konkludente Annahme eines Angebots	118
1. Der Anwendungsbereich des § 151	118
2. Konkludenter Vertragsschluss „außerhalb“ § 151	119
VI. „Faktische Verträge“	122
VII. „Protestatio facto contraria“	123
1. Begriff	123
2. Rechtsfolgen der „Protestatio“	124
VIII. Vertragsschluss via Internet	126
1. Automatisierte Bestell- und Buchungssysteme	126
2. Vertragsschluss bei Internetauktionen	128
3. Die Optionen „Sofort-Kaufen“ und „Preis vorschlagen“	137
IX. Vertragsschluss bei sogenannten Kreuzofferten	139
X. Dissens	141
1. Der versteckte Dissens	141
2. Abgrenzung zwischen verstecktem Dissens und Inhaltsirrtum	141
XI. Das kaufmännische Bestätigungsschreiben	142
1. Abgrenzung zur Auftragsbestätigung	142
2. Dogmatische Einordnung und Rechtsfolgen	142
3. Die Voraussetzungen eines kaufmännischen Bestätigungsschreibens	143
4. Widerspruch und sich kreuzende Bestätigungsschreiben	144
XII. Angebotsannahme durch Schweigen	145
1. Nichtvorliegen einer Willenserklärung als Grundsatz	145
2. Schweigen als Willenserklärung (beredtes Schweigen)	145
3. Schweigen bei mündlichen Vertragsverhandlungen	146
4. Annahmewirkung kraft Gesetzes – insbesondere § 362	HGB 147
5. Erklärungsbewusstsein beim Schweigen mit Zustimmungswirkung	149
XIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	150
1. Zusammenfassung	150
2. Gutachtenaufbau	152
3. Kontrollfragen	153
§ 11. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen	153
I. Die Gesetzssystematik	153
II. Rechtsnatur und Funktion der AGB	153

III. Der AGB-Begriff des § 305	154
1. Vorformulierte Bedingungen	154
2. Vielzahl von Verträgen	155
3. Das „Stellen“ der Bedingungen	155
4. Die Sonderstellung der Plattformbetreiber-AGB (insbesondere eBay-AGB)	156
5. Die Individualvereinbarung	157
IV. Die Einbeziehung von AGB (§ 305 Abs. 2)	159
1. Ausdrücklicher Hinweis	159
2. Deutschsprachige AGB bei ausländischen Vertragspartnern ..	159
3. Hinweis durch Aushang oder Internetlink	160
V. Vorrang der Individualabrede (§ 305b)	161
VI. Kollidierende AGB der Parteien	162
VII. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	163
VIII. Einbeziehung von AGB bei Verwendung gegenüber Unternehmern (§ 310 Abs. 1)	164
IX. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung von AGB (§ 306)	165
X. Die Systematik der AGB-Inhaltskontrolle	166
1. Die Regelung des § 307	166
2. Die speziellen Verbote der §§ 308, 309	166
XI. Die Rechtsfolgen einer unwirksamen AGB-Klausel	168
1. Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen	168
2. Ausschluss einer geltungserhaltenden Reduktion	168
XII. Zusammenfassung, Gutachtaufbau und Kontrollfragen	170
1. Zusammenfassung	170
2. Gutachtaufbau	171
3. Kontrollfragen	171

Kapitel 5. Die Anfechtung des Rechtsgeschäfts

§ 12. Die Irrtumsanfechtung	172
I. Die dogmatische Einordnung der §§ 119 ff.	172
1. Willenstheorie und Erklärungstheorie	172
2. Die Kompromisslösung des BGB-Gesetzgebers	172
II. Die einzelnen Anfechtungstatbestände	173
1. Der Erklärungsirrtum	173
2. Der Inhaltsirrtum	176

3. Der Rechtsfolgenirrtum	179
4. Der Kalkulationsirrtum (Berechnungsirrtum)	180
5. Anfechtung bei Schweigen als Erklärungshandlung	184
6. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2)	184
III. Die Anfechtungserklärung (§ 143)	193
1. Notwendige Bestandteile der Anfechtungserklärung	193
2. Richtiger Adressat der Anfechtungserklärung (Anfechtungs- gegner)	195
3. Die Eventualanfechtung	195
IV. Die Anfechtungsfrist (§ 121)	196
V. Die Rechtsfolgen der Anfechtung	197
1. Die Nichtigkeit ex tunc	197
2. Fehleridentität (Doppelmangel)	197
3. Rechtsfolgen einer Kenntnis der Anfechtbarkeit (§ 142 Abs. 2)	199
VI. Die Anfechtung nichtiger Rechtsgeschäfte – „Doppelwirkungen“	200
VII. Der Ersatz des Vertrauensschadens (§ 122)	201
§ 13. Die Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung (§ 123) ...	203
I. Historische Grundlagen	203
II. Die arglistige Täuschung	204
III. Täuschung durch einen Dritten	205
IV. Die widerrechtliche Drohung	205
V. Verhältnis zwischen § 123 und culpa in contrahendo	207
VI. Verhältnis zwischen § 123 und kaufrechtlicher Gewährleistung sowie § 823	209
§ 14. Anfechtung wegen unrichtiger Übermittlung (§ 120)	210
I. Die Entstehungsgeschichte des § 120 – Kölner Telegraf-Fall von 1856	210
II. Versehentliche Falschübermittlung	210
III. Vorsätzliche Falschübermittlung durch Boten	212
1. Meinungsstand	212
2. Ablehnung der Zurechnung	213
3. Die Haftung des arglistigen Boten nach § 179 analog	213
IV. Der Bote „ohne Auftrag“ (Pseudobote)	214

§ 15. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen zur Anfechtung	215
I. Zusammenfassung	215
II. Gutachtenaufbau	216
III. Kontrollfragen	219

Kapitel 6. Wirksamkeit und Form des Rechtsgeschäfts

§ 16. Die Form des Rechtsgeschäfts.	220
I. Grundsatz der Formfreiheit	220
II. Die Systematik der Formvorschriften	220
III. Der Zweck der Formvorschriften	222
IV. Die Voraussetzungen der einzelnen Formtypen	223
1. Die Schriftform (§ 126)	223
2. Die elektronische Form (§ 126a)	229
3. Die Textform (§ 126b)	231
4. Die notarielle Beurkundung (§ 128)	231
V. Entbehrlichkeit der Form nach Treu und Glauben (§ 242)	233
VI. Heilung eines Formmangels	235
VII. Formerfordernis kraft Vereinbarung – Rechtsfolgen	237
VIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	238
1. Zusammenfassung	238
2. Gutachtenaufbau	238
3. Kontrollfragen	239
§ 17. Die Geschäftsfähigkeit.	239
I. Historische Entwicklung	239
II. Die gesetzliche Systematik	240
III. Die sogenannte relative Geschäftsunfähigkeit	242
IV. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	243
1. Rechtlich vorteilhafte Geschäfte	243
2. Der sogenannte „Taschengeldparagraf“ (§ 110)	246
3. Schwebende Unwirksamkeit und Genehmigung	249
4. Einseitige Rechtsgeschäfte eines beschränkt Geschäftsfähigen (§ 111)	250

V. Vorübergehende Störung der Geistestätigkeit und Geschäftsunfähigkeit	252
VI. Erfüllung gegenüber einer nicht voll geschäftsfähigen Person	252
VII. Sonderregelung des § 105a für volljährige Geschäftsunfähige	253
1. Dogmatische Einordnung	253
2. Geringfügige Mittel und Ausschluss nach § 105a S. 2.	254
VIII. Partielle Geschäftsfähigkeit (§§ 112, 113)	255
1. Selbständiger Betrieb eines Erwerbsgeschäfts	255
2. Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses.	256
IX. Der Einwilligungsvorbehalt für betreute Erwachsene (§ 1903 Abs. 1)	257
X. Das Abstraktionsprinzip bei Geschäften beschränkt Geschäftsfähiger.	259
XI. Zusammenfassung, Gutachtaufbau und Kontrollfragen	259
1. Zusammenfassung	259
2. Gutachtaufbau	260
3. Kontrollfragen	261
§ 18. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134).	262
I. Die historischen Grundlagen	262
II. Die gesetzlichen Verbote	262
III. Die Nichtigkeitsfolge	263
1. Grundsätze	263
2. Nichtigkeit im Ganzen – insbesondere Schwarzarbeits- verträge	263
IV. Nichtigkeit von Verpflichtungs- und Erfüllungsgeschäft.	265
§ 19. Sittenwidrigkeit (§ 138)	266
I. Die Regelung des § 138	266
II. Das Tatbestandsmerkmal „gute Sitten“ – Grundlagen	267
III. Grobes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung	267
IV. Knebelungsverträge	268
V. Verstoß gegen geschützte Interessen der Allgemeinheit	269
VI. Sittenwidrige Vereinbarungen im Bereich von Ehe und Familie	270

VII. Verträge über Leistungen sexueller Art	272
VIII. Die Schädigung Dritter	273
IX. Das Wuchergeschäft (§ 138 Abs. 2).	274
X. Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	276
1. Grundsätze	276
2. Fehleridentität (Doppelmangel).	276
XI. Zusammenfassung, Gutachtaufbau und Kontrollfragen	277
1. Zusammenfassung	277
2. Gutachtaufbau	278
3. Kontrollfragen	278
§ 20. Die Teilnichtigkeit (§ 139)	278
I. Historische Grundlagen und Entstehung des § 139.	278
II. Der Tatbestand des § 139	278
III. Der mutmaßliche Parteiwille.	279
IV. Verhältnis zwischen § 139 und dem Abstraktionsprinzip	280
§ 21. Umdeutung (Konversion) unwirksamer Rechtsgeschäfte (§ 140).	281
I. Grundlagen	281
II. Familien- und erbrechtliche Gestaltungen	282
III. Schuld- und sachenrechtliche Gestaltungen	283
§ 22. Bestätigung eines nichtigen oder anfechtbaren Rechtsgeschäfts	284
I. Bestätigung eines nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141)	284
1. Der Tatbestand des § 141	284
2. Abgrenzung zwischen Bestätigung und Heilung	285
II. Bestätigung eines anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144)	286
1. Unterschied zwischen § 141 und § 144	286
2. Die Voraussetzungen des § 144	286
III. Zusammenfassung	287
§ 23. Verfügungsverbote (§§ 135–137).	288
I. Rechtsgeschäftliche Verfügungsverbote (§ 137)	288
II. Gesetzliche und behördliche (gerichtliche) Verfügungsverbote (§§ 135, 136)	288

§ 24. Die Zustimmung (§§ 182 ff.)	291
I. Zustimmung, Einwilligung und Genehmigung – Grundlagen . . .	291
II. Zustimmungsbefähigung kraft Gesetzes	292
1. Gesetzliche Anordnung	292
2. Zustimmungserfordernisse des BGB	292
III. Die Zustimmungserklärung	294
1. Konkludente Erklärung	294
2. Grundsatz der Formfreiheit	294
IV. Adressat der Zustimmungserklärung	294
V. Die Verweigerung der Zustimmung	295
VI. Zustimmung zu einseitigen Rechtsgeschäften	295
VII. Widerruf der Einwilligung (§ 183)	297
VIII. Rückwirkung der Genehmigung	298
1. Genehmigungsfrist	298
2. Rückwirkung bei einseitigen Rechtsgeschäften	299
3. Verzugseintritt und Verjährungsbeginn	299
4. Zwischenverfügungen	300
IX. Die Ermächtigung (§ 185)	301
1. Berechtigung und Ermächtigung	301
2. Die Verkaufskommission	302
3. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	302
4. Fehlende Verfügungsbefugnis des Rechtsinhabers	303
X. Wirksamwerden der Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2)	303
1. Genehmigung nach § 185 Abs. 2 S. 1	
Alt. 1	303
2. Erwerb des Gegenstands durch den Verfügenden (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 2)	304
3. Beerbung des Nichtberechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 1 Alt. 3)	305
4. Prioritätsprinzip bei mehreren Verfügungen eines Nichtbe- rechtigten (§ 185 Abs. 2 S. 2)	305
XI. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	306
1. Zusammenfassung	306
2. Gutachtenaufbau	307
3. Kontrollfragen	307

Kapitel 7. Bedingung und Befristung

§ 25. Die Bedingung	308
I. Historische Grundlagen	308
II. Aufschiebende und auflösende Bedingung (§ 158)	308
1. Grundbegriffe	308
2. Vereinbarung einer schon eingetretenen Bedingung	309
3. Die Potestativbedingung	309
4. Beendigung des Schwebezustands bei Potestativbedingungen	311
5. Bedingungsfeindliche Gestaltungsrechte	311
6. Geschäftsunfähigkeit vor Bedingungseintritt	312
7. Schuldrechtliche Rückwirkung (§ 159)	313
III. Rückabwicklung bei Eintritt einer auflösenden Bedingung	313
IV. Treuwidrige Verhinderung oder Herbeiführung einer Bedingung (§ 162)	314
V. Haftung während der Schwebezeit (§ 160)	315
1. Bedingte Verpflichtungsgeschäfte	315
2. Bedingte Verfügungsgeschäfte	315
VI. Schutz bei Zwischenverfügungen (§ 161) – Anwartschaftsrecht ...	315
1. Der Tatbestand des § 161 Abs. 1	315
2. Gutgläubiger Erwerb	316
3. Zwischenverfügungen über Forderungen	317
4. Gutgläubiger Erwerb bei bedingter Übereignung	318
VII. Der einseitige Verzicht auf eine Bedingung	318
VIII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	319
1. Zusammenfassung	319
2. Gutachtenaufbau	320
3. Kontrollfragen	320
§ 26. Die Befristung (§ 163)	321
I. Allgemeines	321
II. Abgrenzung zwischen Bedingung und Befristung	321
§ 27. Fristen, Termine und Zeitrechnung	322
I. Anwendungsbereich der §§ 187 ff.	322
II. Der Gregorianische Kalender – Definitionen	322

III. Fristbeginn und Fristende (§§ 187, 188)	322
1. Der Fristbeginn	322
2. Das Fristende	323

Kapitel 8. Die Stellvertretung

§ 28. Der Tatbestand des § 164	325
I. Die historische Entwicklung des Vertretungsrechts	325
II. Grundlagen der Stellvertretung.	325
1. Begriffe des Vertretungsrechts.	325
2. Die Zurechnungsvoraussetzungen des § 164 im Überblick . . .	326
III. Der Offenkundigkeitsgrundsatz	327
1. Grundlagen – Abgrenzung zwischen Vertreter und Bote	327
2. Unternehmensbezogene Rechtsgeschäfte (§ 164 Abs. 1 S. 2). . .	328
3. Das sogenannte Geschäft für den, den es angeht.	329
IV. Handeln <i>unter</i> fremdem Namen.	330
1. Grundsätze.	330
2. Geschäft des wahren Namensträgers.	331
V. Irrtümliches Auftreten des Vertreters im eigenen oder fremden Namen	332
VI. Die Vertretungsmacht	333
1. Der gesetzliche Vertreter	333
2. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht nach BGB und HGB – Überblick	335
3. Der Missbrauch der Vertretungsmacht	336
VII. Vertretung ohne Vertretungsmacht.	338
§ 29. Das Recht der Vollmacht (§§ 167 ff.)	339
I. Innen- und Außenvollmacht	339
II. Formfreiheit der Vollmacht (§ 167 Abs. 2).	341
III. Generalvollmacht.	342
IV. Untervollmacht	343
V. Vollmacht und Abstraktionsprinzip – Fehleridentität.	344
VI. Duldungsvollmacht	346
VII. Widerruf und Erlöschen der Vollmacht.	349
1. Widerruf durch Willenserklärung	349

2. Erlöschen des zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses	350
3. Verzicht des Bevollmächtigten auf die Vollmacht	350
4. Tod des Bevollmächtigten	350
5. Tod des Vollmachtgebers	351
6. Fiktion des Fortbestehens im Auftragsrecht	351
§ 30. Die Anfechtung der Vollmacht	352
§ 31. Vertretungsmacht kraft Rechtsscheins	355
I. Rechtsscheinhaftung nach den §§ 170 ff.	355
1. Fortdauer einer Außenvollmacht (§ 170)	355
2. Anwendung des § 170 bei unwirksamer externer Vollmacht?	355
3. Kundgabe einer Innenvollmacht (§ 171)	356
4. Widerruf nach § 171 Abs. 2 und Ausschluss nach § 173	357
5. Rechtsscheinhaftung bei Vollmachtsurkunden (§ 172)	357
II. Abredewidriges Ausfüllen einer Blanketturkunde	360
III. Anscheinsvollmacht	361
1. Dogmatische Grundlagen	361
2. Voraussetzungen	362
§ 32. Willensmängel und Wissenszurechnung nach § 166	366
I. Irrtum und Kenntnis des Vertreters (§ 166 Abs. 1)	366
II. Der Tatbestand des § 166 Abs. 2	367
III. Wissensvertreter und Wissensaufspaltung	368
1. Grundlagen	368
2. Wissenszurechnung bei juristischen Personen und Personengesellschaften.	369
§ 33. Das Insichgeschäft (§ 181)	371
I. Begriff und historische Entwicklung	371
II. Der Grundtatbestand des § 181	371
III. Lediglich rechtlich vorteilhaftes Geschäft	371
IV. Befreiung von § 181 – Geschäfte zwischen „Ein-Mann-GmbH“ und Geschäftsführer	372
V. Insichgeschäfte einer Partei kraft Amtes	373
VI. Einschaltung eines Untervertreeters	373
VII. Rechtsfolgen	374
VIII. Insichgeschäft zum Zwecke der Erfüllung einer Verbindlichkeit	374

§ 34. Die Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht (§ 179) . .	377
I. Dogmatische Einordnung der Vertreterhaftung	377
II. Haftungsausschluss bei Widerruf nach § 178	377
III. Wahlrecht des anderen Teils	378
1. Dogmatische Einordnung	378
2. Bindung an die Wahl	379
3. Rechtsfolgen der Wahl des Erfüllungsanspruchs	379
4. Der Schadensersatzanspruch	380
IV. Ersatz des Vertrauensschadens nach § 179 Abs. 2	380
V. Ausschluss der Vertreterhaftung nach § 179 Abs. 3	380
§ 35. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen zur Stellvertretung	381
I. Zusammenfassung	381
II. Gutachtenaufbau	383
III. Kontrollfragen	385

Kapitel 9. Verjährung und Ausübung von Rechten

§ 36. Die Verjährung	386
I. Die Systematik des Verjährungsrechts	386
II. Der Zweck der Verjährung	386
III. Die Rechtsfolge der Verjährung – Verjährungseinrede	387
1. Die Einrede des § 214 im Prozess	387
2. Ausschluss der Rückforderung bei Leistung trotz Verjährung	388
3. Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht nach Verjährung	388
IV. Die Verjährungsfristen und ihr Beginn	389
1. Die regelmäßige Verjährungsfrist des § 195	389
2. Besondere Verjährungsfristen	390
V. Neubeginn und Hemmung der Verjährung	392
1. Der Neubeginn der Verjährung (§ 212)	392
2. Die Hemmung der Verjährung	393
VI. Parteivereinbarungen über die Verjährung	395
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	396
1. Zusammenfassung	396

2. Gutachtenaufbau	396
3. Kontrollfragen	396
§ 37. Ausübung und Durchsetzung von Rechten	396
I. Staatliche Durchsetzung privater Rechte nach der ZPO	396
II. Einstweiliger Rechtsschutz	397
III. Das Schikaneverbot (§ 226)	398
IV. Die Notwehr (§ 227)	399
V. Der Notstand (§§ 228, 904)	401
VI. Die Selbsthilfe (§§ 229 ff.)	402
VII. Zusammenfassung, Gutachtenaufbau und Kontrollfragen	404
1. Zusammenfassung	404
2. Gutachtenaufbau	404
3. Kontrollfragen	404
Antworten zu den Kontrollfragen	405
Anhang I. Systematisches Entscheidungsregister	415
Anhang II. Probleme und Streitfragen des BGB AT	424
Anhang III. Musterklausuren mit Lösung	429
1. Klausur. Anfängerklausur	429
2. Klausur. Fortgeschrittenenklausur	431
Sachverzeichnis	437